Verwahrung ein. Der Verein für innere Mission sei ein Verein, der die allgemeinen christlichen Grundsätze hochhalte.

Sup. Dr. Pank schloß sich allenthalben dem Vorredner an, wies jedoch auf viele Schwierigkeiten hin, die namentlich durch Schulung der leitenden und pflegerischen Kräfte entstehen. Es werde hierbei ein sehr hohes Maß von Liebe, Geduld, Selbstlosigkeit der Pflegkräfte nöthig, doch hoffe er von dem Missionsverein das Beste.

Minister von Nostitz erklärte, daß die Staatsregierung gegen den Deputationsantrag keine Einwendungen mache, sich jedoch gegen ein Nebeneinandergehen zweier Systeme — Staatsanstalt und Privatanstalt — erklären müsse. Entwickle sich die geplante Privatanstalt günstig, so vermöge man in zwei Jahren Weiteres zu beschließen, ohne sich jetzt bestimmt zu binden.

Die Kammer nahm einstimmig das Deputationsvotum an.

Die Deputation beantragte sodann: „dem Albertverein zum vollständigen Ausbau seines Carolakrankenhauses eine Beihilfe von 300 000 *M* aus Staatsmitteln zu bewilligen und zu diesem Zwecke in Cap. 69 unter dem neuen Titel 14 des Etats für die Finanzperiode 1888/89 gemeinjährig 150 000 *M* transitorisch einzustellen."

Hierzu nahm Sup. Dr. Pank Gelegenheit, seiner Freude über die Unterstützung der Bestrebungen auf dem Gebiete der Liebe und Barmherzigkeit Ausdruck zu geben, und schloß eine Vergleichung der unterstützten Diakonissenhaus- und Carolahaus-Vereine an.

Die Kammer erhob das Deputationsgutachten einstimmig zum Beschluß. Im Uebrigen schloß sich die Kammer bei den Capiteln 69 und 70 den schon oben erwähnten Beschlüssen der Zweiten Kammer — gemäß der Vorlage — an, nach vorhergegangener Debatte, in welcher Kammerherr v. Schönberg für Erhaltung der Domkreuzgänge zu Freiberg warm eintrat und zwar für Erhaltung durch Kirche und politische Gemeinde.

Bürgermeister Beutler kennzeichnete die Verhältnisse der Stadt zu der Dom-Angelegenheit und erhoffte, daß auch die Stadt das Ihrige zur Erhaltung beitragen werde.

Oberhofprediger Dr. Kohlschütter gab Auskunft über die Stellung des Landesconsistoriums zur Sache und sagte für die in Aussicht gestellte Fürsorge der Landesregierung aufrichtigen Dank.

Bürgermeister Beutler ersuchte die Kammer, das Postulat zu verwilligen und die Ausführung der Erhaltungsarbeit den zuständigen geistlichen und weltlichen Behörden zu überlassen.

Zu Cap. 70 im Allgemeinen sprach Vicepräsident Dr. Stübel. Er bemerkte, daß er den Parallelismus, die Eingliederung der Landesanstalten, mit Freuden als treffliche Neuerung der Regierung begrüße und dafür Dank zolle. Wünschenswerth sei es auch, daß die in Aussicht genommene Errichtung einer Pflegerschule von Erfolg gekrönt werden möge. Mit Energie wendete er sich gegen die Regierungsansicht, daß mit den privatim ausgebildeten Pflegern nicht auszukommen sei; gerade mit diesen habe das Stadtkrankenhaus zc. die besten Erfahrungen gemacht.

Hiergegen sprach sich Geheimrath Häpfel aus, mit Hinblick auf die eingehenden sorgfältigsten Erhebungen, insbesondere sei die nöthige Zahl nicht aufzutreiben aus Privatinstituten zu erhalten.

Ueber das k. Decret 28 bezüglich der Veräußerung und den Erwerb von Grundstücken bei den Landespflege-, Straf- und Besserungsanstalten gab ebenfalls Herr Seiß den Bericht. Die Kammer beschloß in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der II. Kammer (Sitzung vom 5. März d. J.) in beifälligem Sinne ohne Debatte einstimmig bei Namensaufruf. Sitzungsschluß erfolgte 1½ Uhr. Nächste Sitzung morgen Mittag 12 Uhr.

Zweite Kammer.

† Dresden, 20. März. 66. öffentliche Sitzung. Beginn Vormittag 11 Uhr, in Anwesenheit der Herren Staatsminister General Graf von Fabrice und von Könneritz, Geh.-Räthe Böttcher und Meusel, Geh. Finanzrath Diller.

Die Kammer vollzog zunächst die Wahl dreier Mitglieder und zweier Stellvertreter zur Besetzung des Staatsgerichtshofs.

Auf Antrag des Abg. von Oehlschlägel wurden durch Zuruf gewählt die Herren Senats-Präsident Dr. Otto, Rechtsanwalt Justizrath Dr. Schaffrath und Oberlandesgerichtsrath, Oberappellationsrath a. D. H. Kirmse in Dresden zu wirklichen Mitgliedern, sowie Rechtsanwalt Temper in Zwickau und Geh. Justizrath Dr. Stübel in Dresden zu Stellvertretern.

Hieran schloß sich die Schlußberathung über Cap. 20, 21, 104, 105, 106 des Staatshaushalts-Etats für 1888/89, directe Steuern, Zölle und Verbrauchssteuern, Matricularbeitrag, Reichstagswahlen und Vertretung Sachsens im Bundesrathe (Berichterstatter: Abg. Steyer.)

Abg. Kirbach war der Meinung, daß durch die heutige Entscheidung über Titel 1 und 2 des Capitel 20, Grundsteuer und Einkommensteuer, nicht verhindert werden könne, auf diese Titel später zurückzukommen, da noch nicht alle Capitel des Etats festgestellt seien.

Abg. Mathes hält das System, nach welchem die Grundsteuer erhoben wird, für ein falsches und versucht dies an der Hand von Beispielen zu beweisen.

Abg. Uhlmann-Görlitz erklärte, daß er sich gegen die Petitionen aussprechen müsse, welche sich auf den Wegfall der Grundsteuer richten. Es erscheine nicht an der Zeit, an dem bestehenden Steuersystem zu rütteln. Wenn der Staatshaushalt Ueberschüsse ergebe, so habe eine Ermäßigung der Grundsteuer und der Einkommensteuer in gleichem Verhältniß einzutreten. Es sei jetzt nicht möglich, ein anderes System hinsichtlich der Landescultur einzuführen. Er sei für den weiteren Ausbau der Einkommensteuer und für allmälige Herabsetzung der Grundsteuer.

Abg. Opitz schloß sich den Ausführungen des Vorredners an. Die Grundsteuer als Vermögenssteuer sei an sich eine gerechte.

Abg. Philipp beklagte sich über die ungleiche Vertheilung der Grundsteuer.

Abg. Dr. Mehnert betonte, daß der kleine Grundbesitz durch die Grundsteuer zu schwer belastet werde. Eine gerechtere Veranlagung derselben sei eine Forderung der Billigkeit. Er gebe der Regierung zur Erwägung anheim, ob sich nicht unser jetziges Steuersystem durch Einfügung einer Vermögenssteuer ergänzen lasse.

Abg. Bönisch erinnerte daran, daß eine Beseitigung der Grundsteuer eine Abänderung der Grundsätze bezüglich der Vertretung des Grundbesitzes im Landtage zur nothwendigen Folge haben müsse. Das werde wohl den meisten von Denen nicht passen, die jetzt nach Abschaffung der Grundsteuer schreien.

Abg. von Oehlschlägel ist auch der Ansicht, daß man auf eine Beseitigung der Grundsteuer nicht zukommen könne und dürfe, und zwar aus allgemein staatlichen Rücksichten, dahingegen stehe einer Revision der jetzigen Veranlagung dieser Steuer nichts im Wege. Thatsächlich beruhe die Grundsteuer auf keiner gesunden Grundlage.

Abg. Günther ist der Meinung, daß der Grundsteuer als Ausgleich eine Vermögenssteuer zur Seite zu stellen sei und erwartet von der Revision der Grundsteuer eine bessere Vertheilung.

Abg. Kirbach tritt der Annahme entgegen, daß es verfassungswidrig sei, wenn bei Ueberschüssen im Staatshaushalt eine gleichmäßige Herabsetzung der Grundsteuer und der Einkommensteuer eintrete.

Abg. Stolle ist für Einführung einer einzigen progressiven Einkommensteuer.

Finanzminister von Könneritz erklärte: daß die Frage, ob die Regierung gegen Bestimmungen der Verfassung verstoßen habe, indem sie im Jahre 1878 das Einkommensteuergesetz vorlegte, ihm noch keine schlaflose Nacht bereitet habe. Die Frage der Besteuerung von Grund und Boden sei nicht so leicht zu lösen und dürfe man die Schwierigkeiten, die sich einem Vorgehen in der Richtung der Revision der Grundsteuer entgegenstellen, nicht unterschätzen. Es würde eine solche Revision ein neues Vereinungsgesetz nothwendig machen und dieses werde wiederum eine vollständig neue Vermessung des Landes zur Folge haben. Endlich werde die Frage zu entscheiden sein, nach welchen Grundsätzen die Bonitirung zu erfolgen hätte. Eine Einigung hierüber werde sehr schwer zu erreichen sein. Da die Grundsteuer zur Zeit nicht so drückend sei und da die Bevormundungsmängel nicht sehr große seien, so denke die Regierung nicht so bald auf eine Revision der Grundsteuer zuzukommen. Die Kosten würden sich auf 18 bis 20 Millionen belaufen.

Die Kammer beschloß hierauf gegen 5 Stimmen:

„alle auf Ermäßigung oder Wegfall der Grundsteuer gerichteten Petitionen auf sich beruhen zu lassen",

sowie ferner einstimmig:

„die Königl. Staatsregierung wolle erwägen, ob nicht die Stempelerhebung bei Anerkenntnißverträgen, soweit sie sich auf die Abtretung von Hypothekenforderungen beziehen und gleichzeitig mit den Abtretungen abgeschlossen werden, in Wegfall zu bringen und deshalb dem nächsten Landtage eine diesbezügliche Gesetzvorlage zu machen sein möchte."

Cap. 20, directe Steuern, fand nach der Regierungsvorlage Genehmigung mit 22 627 400 *M* in Einnahme und mit 1 687 760 *M* in Ausgabe.

Zu Cap. 21, Zölle und Verbrauchssteuern, richtete Abg. Mathes an die kgl. Staatsregierung das Ersuchen, eine Aufhebung bez. Verminderung der Nothschlachtsteuer in Erwägung ziehen zu wollen.

Die Kammer beschloß hierauf:

1) „die Petition des Gemeindevorstandes Ferdinand Wagner in Oberdorf, den Wegfall oder die Ermäßigung der Nothschlachtsteuer betr., auf sich beruhen zu lassen,

2) die Einstellung des Cap. 21 nach der anderweiten Regierungsvorlage mit 24 078 [illegible] *M* in Einnahme und 3 497 964 *M* in Ausgabe zu genehmigen."

Die übrigen Capitel fanden debattelos und einstimmig Bewilligung und zwar

Cap. 104, Matricularbeitrag mit 14 063 891 *M*,

Cap. 105, Reichstagswahlen mit 1500 *M* und

Cap. 106, Vertretung Sachsens im Bundesrathe mit 28 500 *M*.

Weiter erledigte die Kammer in Schlußberathung den Bericht der Finanzdeputation B über das k. Decret Nr. 33, mehrere Eisenbahnbauten in der Lausitz betr. (Berichterstatter Abg. Philipp.)

Nach kurzen Dankesworten der Abgg. Kockel und Strauch für die der Lausitz von Neuem zugewendete Fürsorge beschloß die Kammer, wie von der Deputation beantragt:

1) sich mit der Herstellung
   a. einer normalspurigen Secundairbahn von Kamenz nach Elstra,
   b. einer normalspurigen Secundairbahn von Bautzen nach Königswartha
   einverstanden zu erklären;
2) der Staatsregierung für die Ausführung der genannten Bahnen und der dabei für erforderlich zu erachtenden Anschlußgleise das Expropriationsbefugniß zu ertheilen;
3) die zur Herstellung der genannten Bahnen erforderlichen Summen:
   zu a. im Betrage von 1 070 250 *M*,
   zu b. im Betrage von 1 855 250 *M*,
   zu bewilligen und den Gesammtbetrag von
   2 925 500 *M*
   nachträglich in den außerordentlichen Staatshaushalts-Etat neu einzustellen;
4) die im vorstehenden Bericht besprochenen Petitionen, insoweit sie nicht durch die gefaßten Beschlüsse erledigt sind, der königlichen Staatsregierung zur Kenntnißnahme zu übergeben,

und

5) für den Ausbau der Station Gera-Pforten und für das zweite Gleis von da nach dem Bahnhofe Gera
   271 800 *M*
   zu bewilligen und in den außerordentlichen Staatshaushalts-Etat einzustellen."

Zum Schluß erstattete Abg. Philipp, Namens der Finanzdeputation B mündlichen Bericht über die abweichenden Beschlüsse der ersten Kammer in Betreff der wegen Erbauung von Eisenbahnen und Errichtung von Haltestellen eingegangenen Petitionen.

Die Erste Kammer hatte hinsichtlich der Linie Dürrröhrsdorf-Dresden und Eich-Auerbach die Abgabe der betr. Petitionen „zur Kenntnißnahme" beschlossen, während die diesseitige Kammer diesen Petitionen die Censur „zur Erwägung" zu Theil werden ließ.

Auch bei den Haltestellen Neundorf, Pirschen und Trachau war die Erste Kammer in ganz gleicher Weise zu abweichenden Beschlüssen gelangt.

Berichterstatter Abg. Philipp betonte, daß die Finanzdeputation der Kammer bei ihren Anträgen sehr zurückhaltend und vorsichtig zu Werke gegangen sei, lediglich um keine Meinungsverschiedenheiten mit der jenseitigen Kammer hervorzurufen und daß dieselbe nach nochmaliger eingehender Erwägung zu keinem andern Votum habe gelangen können, als zu dem:

„bei den gefaßten Beschlüssen allenthalben stehen zu bleiben"

Die Kammer beschloß dies einstimmig.

Schluß der Sitzung Nachmittags nach 2 Uhr.

Nächste Sitzung heute Abend 6 Uhr.

Vermischtes.

—r. Meiningen, 19. März. Anerkennende Zustimmung des Publicums wird dem Beschlusse entgegengebracht, daß unser Hoftheater in Folge der eingetretenen Kaisertrauer die Saison geschlossen und die Beträge für die rückständigen Vorstellungen zurückgezahlt hat. Dagegen wird nächsten Sonntag unter Mitwirkung des Salzunger Kirchenchores im Hoftheater Händel's Oratorium „Judas Maccabäus" zur Aufführung kommen. — Noch einmal ist der Winter mit aller Macht bei uns eingekehrt, fußhoch liegt der Schnee auf den Straßen und Wegen, und noch immer schüttet unaufhörlich der Himmel neue Schneemassen aus. Das Wild leidet auf dem Walde entsetzlich unter diesen neuen Einflüssen und kann vielfach die Futterplätze gar nicht mehr erreichen. Verschiedene Fahrstraßen sind trotz des Schneepfluges kaum passirbar und mehrfach ist der Postverkehr gehemmt. — In Römhild hat der Reisekutscher eines Schmalkaldener Engros-Geschäfts einen frechen Diebstahl verübt, indem er sich, während der Geschäftsreisende kurze Zeit abwesend war, im Gasthause den Zimmerschlüssel geben ließ und den Koffer des Reisenden entwendete, in der Kegelbahn erbrach und mit dem darin befindlichen Baargelde von 2400 *M* und verschiedenen Wechseln das Weite suchte.

ℨ Halle a. S., 20. März. Der Donnerstag dieser Woche, der 22. März, jener Tag, welcher einst dem glorreichen Kaiser Wilhelm das Leben gegeben, wird diesmal in unserer Stadt ganz unter dem Zeichen der Trauer um den Hintritt des ruhmreichen Reichsbegründers stehen. Abgesehen von den landeskirchlich angeordneten Trauergottesdiensten und Schulfeiern werden sich auch die Bürgerkreise aller Stände und Parteischattirungen mit den Spitzen der Reichs-, Staats- und Stadtbehörden zu einer gemeinsamen Gedächtnißfeier (am Abend im Saale des Stadtschützenhauses) vereinigen. Der conservative Verein hat außerdem noch eine besondere Feier angekündigt. — Ein beklagenswerther Unglücksfall hat sich gestern bei Trotha unterhalb Halle an der Saale abgespielt. Es ertranken dort 3 Schiffsarbeiter, ein Steuermann aus Wettin nebst 2 Arbeitern aus dem Orte. Dieselben waren bemüht, die Zugleine eines großen Kohlenkahnes mittelst eines Handkahnes an das Ufer zu bringen, dabei schlug das kleine Fahrzeug um und die Männer verschwanden in den eisigen, noch immer hochgehenden Fluthen der Saale. Erst nach fast 2 Stunden war es möglich, einen der Verunglückten aufzufinden und den entseelten Körper aus dem Wasser zu ziehen, die beiden Anderen wurden noch nicht gefunden.

— Berlin, 19. März. Die „Nationalzeitung" meldet über eine tumultuarische Versammlung:

Eine Gedächtnißfeier, welche der „Demokratische Verein zu Berlin" zum Andenken an den 18. März 1848 am Sonntag Nachmittag beging, nahm einen tumultuarischen Verlauf. Die Feier fand im Lichtsaale des Grand-Hotel, Alexanderplatz, statt. Bis gegen 5 Uhr, die Feier sollte um 4 Uhr beginnen, hatten sich etwa 300 Personen, zum größten Theil Socialdemokraten, eingefunden, die sich bis dahin sehr ruhig verhielten und die Mittheilung des Einberufers, daß auch der „Demokratische Verein" einen Kranz auf den Gräbern der Märzgefallenen niedergelegt habe, mit Beifall begrüßten. Die weitere Mittheilung jedoch, daß der Vorstand eine Discussion nicht beabsichtigt habe und die Gedächtnißfeier nur aus der Rede des Rechtsanwalts Meløs (Leipzig) bestehen werde, rief schon einen lebhaften Unwillen hervor, doch ließ man den Redner sprechen. Nur ab und zu wurde dem Redner, welcher die Reaction in den verschiedenen Phasen ihrer Entwickelung seit den Freiheitskriegen schilderte, Zustimmung oder Widerspruch zu Theil. Als er geendet, forderte der Schlosser Grend das Wort „zur Geschäftsordnung." Der Vorsitzende erklärte jedoch, auch das Wort zur Geschäftsordnung nicht ertheilen zu können. Dies gab den Anlaß zu einer bedauerlichen Scene. Wie Ein Mann erhoben sich die Socialdemokraten unter dem Rufe: „Dann brauchen wir ja nur zu Gröber zu gehen!" und stimmten die Marseillaise an. Hochrufe auf die Socialdemokratie wurden laut und der überwachende Polizei-Officier wollte nun einen der Schreier verhaften und ihn einstweilen auf der Estrade in Sicherheit bringen. Die unverständige und erregte Menge drang nun auf den Polizei-Officier mit Geheul und Zurufen aller Art ein und verlangte die Freilassung des Arrestanten. Um polizeiliche Hilfe herbeirufen zu können, mußte der Polizei-Officier sich mit gezogenem Degen einen Weg durch die Menge bahnen, während er den Arrestanten in der Obhut des Schutzmannes ließ. Die herbeieilenden Schutzmannschaften begnügten sich auf Befehl des Polizei-Officiers damit, den Arrestanten unter sicherer Bedeckung abzuführen und die Menge zu zerstreuen. Weitere Verhaftungen fanden nicht statt.

† Dresden, 20. März. Se. königl. Hoheit der Großherzog von Oldenburg ist von Berlin hier eingetroffen und im Hotel Bellevue abgetreten.

† Dresden, 20. März. Von mehreren zum Landtag in Dresden anwesenden Bürgermeistern war alsbald nach dem Ableben Sr. Majestät des Kaisers Wilhelm Anregung dazu gegeben worden, es möchten die der revidirten Städteordnung unterstellten 73 größeren Städte des Königreichs Sachsen an Se. Majestät den deutschen Kaiser Friedrich eine gemeinschaftliche Beileidsadresse erlassen. Dieser Anregung ist von den Raths- und Stadtverordneten-Collegien aller dieser Städte Folge gegeben, die Adresse auch bereits am 17. d. M. an die königlich sächsische Gesandtschaft in Berlin mit der Bitte um deren Beförderung an Se. Majestät den Kaiser abgesendet worden.

Telegraphische Depeschen.

* Darmstadt, 19. März. Der Großherzog, der Erbgroßherzog und die Prinzessin Irene sind von Berlin hierher zurückgekehrt.

* Wien, 20. März. Das „Fremdenblatt" und die „Presse" verweisen auf die gefärbten Commentare der chauvinistischen russischen Presse, welche anläßlich des deutschen Thronwechsels behauptete, das deutsch-österreichische Bündniß gehe seiner Auflösung entgegen und der Depeschenwechsel zwischen Bismarck und Kalnoky sei eine bedeutungslose Privatcorrespondenz. Man scheine in Rußland ein Interesse daran zu haben, sich mit so naiven Selbsttäuschungen zu beschäftigen. Die Ereignisse würden aber alsbald die Nutzlosigkeit eines solchen Vorgehens beweisen.

* Pest, 19. März. Im Oberhause wurde ein Dankschreiben des Fürsten Bismarck auf die Beileidsbezeugungen des Reichstages verlesen und zur Kenntniß genommen.

* Paris, 19. März. Die beiden neuen Deputirten Bocher und Laporte stimmten dem boulangistischen Comité bei. — Gestern Abend wurde in mehreren Versammlungen von den Theilnehmern der Commune der Jahrestag des 18. März gefeiert. In den meisten derselben fanden antiboulangistische Kundgebungen statt. In einer Versammlung der Radicalen verwarf Aude die Candidatur Boulanger's.

* Paris, 19. März. (Senat.) Der Minister Fallières brachte das von der Kammer beschlossene Budget ein. Der Präsident Leroyer widmet dem verstorbenen Senator Carnot, dem Vater des Präsidenten, einen warmen Nachruf und hob darauf zum Zeichen der Trauer die Sitzung auf. — Die äußerste Linke beschloß, gegen das Manifest des Boulangisten-Comités eine Gegenkundgebung zu erlassen.

* London, 19. März. Das Oberhaus lehnte mit 97 gegen 50 Stimmen den Antrag Lord Rosebery's auf Einsetzung eines Comités zur Berathung einer Reform des Oberhauses ab. Im Laufe der Debatte erklärte Lord Salisbury, das von Rosebery entwickelte Project sei groß angelegt, aber nicht klar. Er würde eine Verstärkung des Oberhauses durch lebenslängliche Mitglieder gern sehen, aber es wäre gefährlich, bei der Zusammensetzung desselben das Princip der Erblichkeit abzuschaffen. Wenn Lord Rosebery eine Bill einbringen wolle, werde sie die Regierung einer Prüfung unterwerfen.

* London, 19. März. (Unterhaus.) Der Präsident des Comités der Localregierung, Ritchie, befürwortete in längerer Rede die beiden Gesetzentwürfe betreffend die Herstellung einer Localregierung in England und Wales und beantragte die Bildung von Grafschafts- und Districtsräthen mit ausgedehnten Befugnissen für die Localverwaltung auf allen Gebieten; u. A. sollen denselben die localen Steuer-Angelegenheiten, die Unterhaltung von Wegen und Chausseen, die Einrichtung von Industrieschulen, die Theilung der Grafschaften in Wahldistricte für das Parlament obliegen, die Polizeiverwaltung wird einer Commission übertragen, die von dem Grafschaftsrath und den Richtern der Grafschaft ernannt wird.

* London, 19. März. (Unterhaus.) Das Gesetz über die Localverwaltung wurde heute in erster Lesung angenommen; die zweite Lesung ist für den 12. April angesetzt. — Ueber den Inhalt des Gesetzes wird ferner mitgetheilt, daß die Grafschaftsräthe in directer Abstimmung gewählt werden. Die zuerst gewählten Grafschaftsräthe bleiben zum Theil drei Jahre in ihrer Stellung, alsdann tritt die Hälfte der Mitglieder zurück, die verbleibenden Mitglieder, sowie die neu zu wählenden bleiben 6 Jahre im Amt. London wird als eigene Grafschaft mit einem Lordlieutenant, besonderen Magistratsbehörden und einem Grafschaftsrath constituirt; die Polizei verbleibt unter dem Minister des Innern.

* London, 20. März. Der „Standard" meldet aus Shanghai von gestern, bei dem jüngst in Yunnan stattgehabten Erdbeben seien die großen Städte Shiping und Kienshui zerstört worden, die Zahl der durch das Erdbeben umgekommenen Menschen werde auf 4000 geschätzt.

* Rom, 19. März. Die Deputirtenkammer begann heute die Specialdebatte des Budget des Aeußern. Der Deputirte Chiaves sprach das vollste Vertrauen zu Crispi aus, beklagte es jedoch, daß die Geschäfte des Auswärtigen Amtes bereits seit längerer Zeit zusammen mit dem Ministerpräsidium und nicht von einem besonderen Minister wahrgenommen würden. Crispi erwiderte, daß Niemand mehr als er das Gewicht seiner Stellung fühle und würde er, wenn es anginge, sich gewiß gern derselben entledigen und zwar nicht blos bezüglich der Verantwortlichkeit in Betreff des Auswärtigen Amtes. Man befinde sich besser in der bescheidenen Ausübung seines eigenen Berufes als in einem Ministerium; man habe dabei allerdings Augenblicke der Genugthuung, doch seien diese sehr selten. Es bedürfe großer Selbstverläugnung, um Minister zu bleiben. Er könne die Beweggründe nicht mittheilen, die ihn veranlassen, die Verantwortlichkeit für die äußere Politik nicht aufzugeben, aber er würde befürchten, durch ein Aufgeben derselben die Interessen des Landes zu schädigen. Er bitte Chiaves und die Kammer um Entschuldigung, wenn er seinen Worten über diese Angelegenheit nichts mehr hinzufügen könne, er wünsche jedoch, daß die Kammer baldigst in eine eingehende Verhandlung über die gesammte Politik des Cabinets eintrete, um deren vollständigen Willen zu kennen. Er werde, falls er des Vertrauens der Vertreter des Landes entbehren sollte, nicht zögern, seinen Posten zu verlassen, um ihn denjenigen zu überlassen, welche das Vertrauen und die Sympathie der Kammer besitzen.

* Kairo, 18. März. Einem gestern in der hiesigen deutschen Kirche abgehaltenen Trauergottesdienst für Kaiser Wilhelm wohnten Prinz Hussein als Vertreter des Khedive, die hier beglaubigten Vertreter des Auslandes, der Commandeur der englischen Occupationsarmee mit seinem Stabe, Mukhtar Pascha, die Minister, die höheren Beamten, die hier anwesenden Deutschen und zahlreiche Angehörige anderer Nationen bei.

* Melbourne, 19. März. Am gestrigen Sonntag fanden in vielen Städten der australischen Colonien Trauergottesdienste für den Kaiser Wilhelm statt.

* Kalkutta, 18. März. Am Tage der Beisetzung Kaiser Wilhelm's waren in allen Forts und Stationen von Indien die Flaggen halbmast gehißt und wurden Trauersalute von 21 Kanonenschüssen abgegeben. In der Kathedrale von Bombay fand ein Trauergottesdienst statt, welchem der Gouverneur, der Herzog von Connaught, die Mitglieder des Raths und sämmtliche Consuln beiwohnten.

Nach Schluß der Redaction eingegangen.

* Charlottenburg, 20. März. Der Kaiser arbeitete gestern Nachmittags und Abends allein. Heute Vormittag nahm derselbe einen Vortrag des Kriegsministers entgegen und arbeitete sodann längere Zeit mit dem General von Albedyll. — Der Kaiser verbrachte eine gute Nacht. Er stand heute früh erquickt auf und erschien mehrmals am Fenster. Nach den gemeldeten Vorträgen empfing er den Kronprinzen und die Prinzessinnen-Töchter. — Die Kaiserin fuhr Vormittags nach Berlin und kehrte nach einem mehrstündigen Aufenthalt nach hier zurück. Der Kaiser empfing Nachmittags 3 Uhr den Nuntius Galimberti, welcher ein Schreiben des Papstes überreichte.

* Berlin, 20. März. Der König von Rumänien tritt heute nach einem Abschiedsbesuch bei dem Kaiser seine Rückreise über Wien an.

* Halle a. S., 20. März. Am Donnerstag sind Börse, sämmtliche Bureaux der Behörden und die Schulen wegen der Gedächtnißfeier geschlossen.

* Danzig, 20. März. Der westpreußische Provinziallandtag wählte mit 31 gegen 21 Stimmen den Landrath Jäckel-Strasburg auf sechs Jahre zum Landesdirector Westpreußens.

* Wien, 20. März. Dem Armeeverordnungsblatt zufolge ernannte der Kaiser in dem Befehl vom 18. d. den Kronprinzen Rudolf, um der Infanterie als Hauptwaffe des Heeres den Beweis der besonderen Fürsorge zu geben, zum General-Inspector der Infanterie.

* Wien, 20. März. Die Abgeordneten genehmigten mit großer Majorität die gerichtliche Verfolgung des Abgeordneten Schönerer wegen der Tagblattaffaire und der Angelegenheit des aufgelösten Commerses der Teutonia. Schönerer wurde hierbei wegen heftiger Ausfälle gegen die Presse wiederholt zur Ordnung gerufen und ihm schließlich das Wort entzogen.

* Paris, 20. März. Der Ordenshandelsproceß gegen Caffarel und Frau Limousin ist beendet. Das Zuchtpolizeigericht nahm bei Caffarel mildernde Umstände an und verurtheilte denselben zu 3000 Francs Geldbuße. Die Limousin erhielt eine sechsmonatige Gefängnißstrafe.

* Paris, 20. März. (Kammer.) Cassagnac erklärt, daß er kein Anhänger Boulanger's sei, welcher übrigens in keiner Weise durch sich selbst mächtig geworden, sondern nur die Schwäche der Regierung und die Unpopularität der Kammer machten ihn populär. Uebrigens würden die Maßregeln gegen Boulanger die Absichten des Landes, welches Heiser erwarte, nicht ändern. Tirard rechtfertigt die Maßregeln gegen Boulanger und besteht auf der Nothwendigkeit, die militairische Disciplin aufrecht zu erhalten (Beifall); Boulanger habe sich in Widerspruch gesetzt mit den bestehenden Gesetzen. Der Minister verlangt einfache Tagesordnung. Nachdem Laguerre die Vertheidigung Boulanger's ergriffen, sagte Tirard: die Regierung habe, nachdem sie als Factor die Indisciplin Boulanger's constatirt, beschlossen, ihn dem Untersuchungsgericht zu überweisen und sei dem nichts hinzuzufügen, da man nicht den Schein erwecken wolle, als wünsche man auf die Entschließung der Untersuchungscommission einzuwirken. Er bitte um Annahme einfacher Tagesordnung.

* Paris, 20. März. (Kammer.) Die von der Regierung verlangte einfache Tagesordnung wurde mit 343 gegen 53 Stimmen angenommen.

* Bern, 20. März. Der Nationalrath bewilligte einstimmig und debattelos den vom Bundesrath für eine bessere Organisation der politischen Polizei geforderten Credit.

Meteorologische Beobachtungen

auf der Sternwarte in Leipzig. Höhe: 119 Meter über dem Meer.

Zeit der Beobachtung.	Barom. red. auf 0° Millim.	Thermometer. Cels.-Gr.	Relative Feuchtigk. %.	Windrichtung u. Stärke.	Himmelsansicht.
19. März Ab. 8 U.	741,3	0,0	92	NW	2 trübe¹)
20. - Mrg. 8 -	746,5	— 2,9	87	SW	2 trübe
- Nchm. 2 -	749,1	— 1,6	88	W	4 trübe²)

Maximum der Temperatur = + 0,2°. Minimum = — 3,3°.
Höhe der Niederschläge = 22,0 mm (am 19.).

¹) Schnee. ²) Schneestöbern.

Wetterbericht

des K. S. Meteorologischen Institutes
vom 20. März 8 Uhr Morgens

Stations-Name.	Barometer auf Meeresniveau.	Richtung und Stärke des Windes.	Wetter.	Temperatur.
Bodö	772	WSW mässig	wolkig	+ 3
Haparanda	768	still	halb bedeckt	+ 2
Skudesnäs	772	NNO leicht	halb bedeckt	+ 2
Stockholm	771	still	wolkenlos	— 8
Kopenhagen	762	NO schwach	bedeckt	— 2
Memel	761	ONO stark	bedeckt	— 8
Swinemünde	755	ONO frisch	bedeckt	— 2
Skagen	769	NO frisch	wolkenlos	— 3
Sylt	761	ONO mässig	wolkig	— 2
Hamburg	757	NO schwach	bedeckt	— 1
Heider	760	NO mässig	bedeckt	— 2
Cherbourg	760	NNO stark	Schnee	— 1
Brest	—	—	—	—
Münster	756	SW frisch	bedeckt	— 4
Berlin	755	N leicht	Schnee	— 1
Kaiserslautern	759	W mässig	Schnee	— 3
Bamberg	759	NW leicht	bedeckt	— 3
Altkirch	760	W schwach	wolkig	+ 2
München	760	SO leicht	bedeckt	— 2
Chemnitz	759	SW stark	Schnee	— 4
Wien	760	W schwach	bedeckt	0
Prag	760	SW mässig	heiter	— 4
Krakau	758	S leicht	heiter	+ 1
Lemberg	759	SSW leicht	wolkenlos	+ 5
Petersburg	769	WNW leicht	wolkenlos	— 16
Hermannstadt	—	—	—	—
Triest	763	SO leicht	bedeckt	+ 7
Clermont	—	—	—	—
Cork	768	N schwach	wolkenlos	+ 1
Aberdeen	771	SO leicht	halb bedeckt	— 1

Uebersicht der Witterung.

Eine tiefe Cyklone, deren Centrum am Montag über Böhmen und Mähren lag, bedingte in Sachsen dauernd starken Schneefall, der die Erde wieder in eine 20—30 cm tiefe Schneedecke eingehüllt hat. Der Niederschlag bekam besonders am Vormittag allgemein die Form von Eisklümpchen. Jedenfalls bildete er sich in den oberen Regionen zunächst als Regen und gefror erst beim Durchfallen der unteren Luftschichten, welche von den eisbedeckten Küsten der Ostsee stammend, am Morgen noch scharfe Kälte bewirkten. Im Westen, wo diese Luftmassen auch tagsüber einströmten, hielt die Kälte an, sodass die Tagesmittel auf — 5 bis — 9° C. standen. Im Osten dagegen drangen nach Mittag wärmere Ströme ins Land, welche durch die Cyklone aus dem wärmeren Süden herbeigezogen worden waren und durch ihre Wärme die Temperatur am Nachmittag bis über den Gefrierpunct hoben. — Die Art der Bewegung der heute, den 20. März, über Deutschland stehenden Wirbel lässt erwarten, dass durch sie wärmere Luftströmungen aus dem Süden und Westen in Sachsen zur Herrschaft gelangen und zu Thau- und Regenwetter führen werden.

Aus dem Witterungsbericht

von der Seewarte zu Hamburg
am 19. März 1888, Morgens 8 Uhr.

Stations-Name.	Barometer auf Meeresniveau.	Richtung und Stärke des Windes.	Wetter.	Temperatur.
Mullaghmore	773	ONO leiser Zug	halb bedeckt	+ 2
Christiansund	776	OSO leiser Zug	wolkenlos	— 1
Moskau	772	ONO leiser Zug	bedeckt	— 12
Neufahrwasser	761	NO frisch	bedeckt¹)	— 3
Karlsruhe	758	NO leicht	Schnee	— 4
Wiesbaden	754	N mässig	Schnee	— 3
Breslau	752	N leicht	bedeckt	— 1
Nizza	—	—	—	—

¹) Gestern Schnee.

Verantwortlicher Redacteur Heinrich Kühl in Leipzig.
Für den amtlichen Theil Director Dr. Oscar Paul in Leipzig.

SLUB
Wir führen Wissen.